

8.1.2018

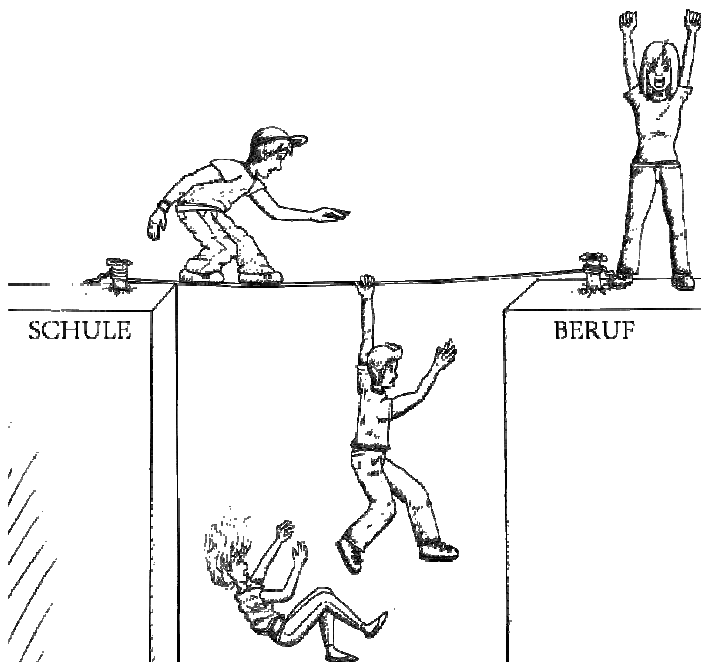
Offener Brief

an die Parteien im Deutschen Bundestag für das neue Regierungsprogramm

Eine Ausbildungsgarantie endlich umsetzen!

Jeder junge Mensch sollte nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schule ohne Warteschleife eine qualifizierte Berufsausbildung absolvieren können. Sie erst ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und eine Zukunftsperspektive. Doch für viele Jugendliche in Deutschland ist dies leider keine Selbstverständlichkeit. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz, kurz: eine Ausbildungsplatzgarantie.

Das duale Ausbildungssystem in Deutschland hat neben einigen Vorzügen einen entscheidenden Mangel: Die Bereitstellung eines auswahlfähigen Angebots an Ausbildungsplätzen ist nicht jederzeit gewährleistet. Deshalb befindet sich Deutschland seit 1995(!) in der nunmehr dritten(!) Ausbildungsplatzkrise mit fatalen Folgen für die Jugendlichen und die Gesellschaft insgesamt. Q1)



Fakten zur Ausbildungssituation 2016/2017:

- 1,95 Mio. bzw. 13,4 % der jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 34 Jahren sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung.
- Von 803.613 Jugendlichen mit Ausbildungsinteresse erhielt jeder Dritte keinen Ausbildungsplatz. (Berufsbildungsbericht 2017, S. 29)
- Ca. 300.000 Jugendliche konnten nach der Schule nicht mit einer Ausbildung beginnen, sondern waren im so genannten Übergangssystem Schule-Beruf, das bekanntlich nicht zu einem Berufsabschluss führt.
- Nur noch etwa 20 % der Betriebe bilden aus. Jedoch sind alle Firmen auf ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Besonders größere Betriebe unterschreiten oft die erforderliche Ausbildungsplatzquote von ca. 7%¹.
- Zukünftig werden für viele der in Deutschland angekommenen Geflüchteten weitere Ausbildungsplätze benötigt.

Im neuen Ausbildungsjahr suchen immer noch 80.200 Jugendliche, bei nur 48.900 offenen Stellen, einen Ausbildungsplatz. (Bundesagentur für Arbeit, 2.11.2017) Es fehlt nach wie vor schlicht an einem „auswahlfähigen“ **Ausbildungsangebot**, das das Bundesverfassungsgericht schon 1980 für erforderlich erklärte. Dieses ist erst erreicht, wenn das Angebot wenigstens 12,5% über der Nachfrage liegt.²

Angesichts solcher Zahlen entpuppen sich Berichte über einen **Fachkräftemangel** als eine grandios verfehlte Ausbildungspolitik. Für die **Leidtragenden** hinter diesen Zahlen bedeutet sie Ausgrenzung und ein Leben mit Entbehrungen. **Dafür wesentlich mitverantwortlich sind seit Mitte der 1970er Jahre alle bisherigen Regierungsparteien.** Sie haben es unterlassen, rechtliche Rahmenbedingungen einer guten Ausbildung für alle zu schaffen.

Eckpfeiler einer Ausbildung für alle sind:

- Ein **auswahlfähiges Angebot an geeigneten Ausbildungsplätzen**
- Eine **solide gesetzliche Finanzierung der Berufsausbildung durch alle Betriebe**
- Ein **Rechtsanspruch auf Ausbildung als Ausbildungsplatzgarantie**

¹ Ausbildungsplatzquote = Verhältnis Auszubildende zu Beschäftigte in % (erforderliche Quote = ca. 7%)

² Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 10.12.1980 – 2BvF 3/77

Das Recht auf Ausbildung wird seit 1995 von vielen Jugendlichen und Organisation engagiert eingefordert.

Doch alle Demonstrationen, Aktionen, Unterschriftensammlungen, Petitionen, Gespräche, Veranstaltungen, Juristische Expertisen, Publikationen usw. konnten bisher die herrschenden Parteien nicht dazu bewegen, endlich Nägel mit Köpfen zu machen.



Auf die anhaltende Ausbildungsplatzkrise haben Politik und Wirtschaft nur mit immer neuen Programmen und bloßen Vereinbarungen reagiert. Das **Regierungsprogramm 2013** spricht zwar erstmals von einer „zu schaffenden Ausbildungsgarantie“, doch die Ergebnisse der Allianz für Aus- und Weiterbildung bleiben meilenweit von einer wirklichen, d. h. gesetzlichen Ausbildungsgarantie entfernt.

Dass es auch anders geht, zeigt **Österreich**: Dort wird eine Ausbildungsgarantie erfolgreich praktiziert. Alle Jugendlichen können eine Ausbildung absolvieren - auch schwächere Schülerinnen und Schüler mit der nötigen Unterstützung!

In der angeblichen „**Bildungsrepublik Deutschland**“ wird viel über Bildung geredet, doch praktisch bewegt sich wenig. Bildung und Ausbildung sind weiterhin durch Auslese und Benachteiligung bestimmter Gesellschaftsgruppen gekennzeichnet. Damit muss endlich Schluss sein! Der Handlungsbedarf schreit zum Himmel.

Doch von der Berufsausbildung, diesem gesellschaftlich höchst bedeutsamen Thema, war in den Berichten über die bevorstehenden **Sondierungsgespräche** zwischen CDU/CSU und SPD bisher nichts zu hören. Wir sagen: Nochmals vier Jahre auf dem Rücken der Jugendlichen Politik machen: „Das geht gar nicht!“

Daher lautet unsere Forderung an die Bundespolitik: Im neuen Regierungsprogramm ist diesmal eine rechtlich verbindliche Ausbildungsgarantie festzuschreiben. Umgesetzt werden könnte dieser Rechtsanspruch auf Ausbildung im Grundgesetz oder auch im Berufsbildungsgesetz. Q2 + Q3 + Q5) Die nötige materielle Absicherung wäre durch ein Ausbildungsfinanzierungsgesetz zu leisten.

Im „**Handlungskonzept Ausbildung für Alle**“ der Landeschülervertretung Hessen sind viele weitere Maßnahmen beschrieben, um Bildung und Ausbildung auf die Höhe der Zeit zu bringen. Q4). Das „Handlungskonzept“ ist allen Bundestagparteien seit dem Jahr 2010 bekannt und war mehrfach Grundlage von Gesprächen mit den Fraktionen.

**Die Landeschüler*innenvertretungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz,
die Landeschülerververtretungen von Hessen und der Berufsbildenden Schulen Schleswig-Holstein,
und die Gesamtschüler*innenvertretung Bremen;
Der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V.;
Die Initiative für ein Grundrecht auf Ausbildung**

Weitere Informationen und Quellen unter www.lsv-hessen.de | www.ausbildung-fuer-alle.de

Q1) Chronologie zur dritten Ausbildungsplatzkrise, Initiative für ein Grundrecht auf Ausbildung, 2016

Q2) Studie, Das Grundrecht auf einen Ausbildungsplatz, Heiner Fechner, 5.2011

Q3) Expertise, Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz, Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, 6.2014

Q4) Handlungskonzept Ausbildung für Alle, Landeschülervertretung Hessen, 2014

Q5) Beitragsheft "Ausbildung für alle ist möglich!", Berlin 2015, <http://www.jugendsozialarbeit.de>

Anlage: Kurze Chronologie zur dritten Ausbildungsplatzkrise